



4,5 % Kürzung, Budgetierung und jetzt der nächste Angriff: Ohne demokratischen Diskurs wird der Rechtsschutz der Mindestvergütung gestrichen!

Systemkollaps: Über 6000 Therapeut*innen schlagen Alarm – 36 % der Praxen erwägen Schließung

BERLIN, 09. Juli 2026 – Ein beispielloser politischer Vertrauensbruch treibt die ambulante Psychotherapie noch weiter in die Krise. Binnen sechs Stunden nahmen über 6.000 Kolleg*innen an einer Blitzumfrage teil. Das katastrophale Ergebnis: 36% aller Praxen erwägt konkret die Schließung. 43% sind noch unentschlossen. Nur 12% des Nachwuchses ist sich sicher eine GKV-Praxis zu gründen.

Auslöser für die dramatische Prognose ist ein erneuter Angriff auf das Versorgungssystem im GKV-BStabG. Per Last-Minute-Omnibusverfahren – **ohne demokratischen Diskurs** – soll der seit 20 Jahren bestehende gesetzliche Schutz zur Mindestvergütung (§ 87 Abs. 2c Satz 8 SGB V) ersatzlos vernichtet werden. Das perfide an der Vorgehensweise ist, dass den Abgeordneten zur Begründung genannt wurde, dies würde Psychotherapeut:innen vor weiteren Honorarkürzungen schützen. „Die Streichung reißt den letzten rechtlichen Schutzwall gegen willkürliche Honorarkürzungen ein. Nach der soeben (09.07.2026) gerichtlich gestoppten 4,5-prozentigen Kürzung wird deutlich, wie wichtig diese Regelung ist. Wir brauchen Planbarkeit und Rechtssicherheit. Mit der drohenden Budgetierung ist diese Gesetzesänderung der nächste Großangriff auf die Psychotherapie. Hunderte Praxen werden das wirtschaftlich nicht überleben.“ Tobias Ley, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut.

„Wir haben ununterbrochen mit Abgeordneten von SPD und CDU gesprochen und vor dem Versorgungskollaps gewarnt. Wir haben alles getan. Jetzt liegt es nicht mehr an uns. Wer morgen für dieses Gesetz stimmt, zerstört vorsätzlich die Praxisstrukturen und trägt die alleinige Verantwortung für jeden verlorenen Therapieplatz für 74 Mio. GKV-Versicherte!“ Anika Meyer-Städter, Psychologische Psychotherapeutin.

Die Regierung kann die psychotherapeutische Versorgung nicht erst zerstören und noch vor Gesetzes-Abschluss ein Mini-Aufbauprogramm in Aussicht stellen. Wem nützen Absichten, wenn es dann keine Rechtssicherheit mehr gibt. **Wir fordern die Abgeordneten auf: Verweigern Sie der Streichung der §§ 87 Abs. 2c Satz 8 und 87b Abs. 2 Satz 4 SGB V in der morgigen Abstimmung Ihre Zustimmung!**

Postanschrift

Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.
Bettinastraße 53-55
60325 Frankfurt-Westend a. M.

E-Mail:

kontakt@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Presse:

presse@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Website:

aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Vereinssitz: Frankfurt am Main

Registergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main

Registernummer: VR 17668

Gemeinschaftlich vertretungsberechtigt:

Vorstand: Dr. Ewa Jonkisz, Frankfurt a. M.

Vorstand: Anselm Kälberer, Stuttgart

Vorstand: Sandra Nickel, Karlsruhe

Vorstand: Ronja Nippert, Essen

Vorstand: Luca Sautter, Karlsruhe

verantwortlich i. S. d. Presserechts:

Dr. Ewa Jonkisz

Linden-Ambulanz

Bettinastraße 53-55,

60325 Frankfurt-Westend a. M.



Pressekontakt: Aktionsbündnis Psychotherapie e.V., Tobias Ley, Tel: 0177 3398294 E-Mail: presse@aktionsbuendnis-psychotherapie.info Web: <https://aktionsbuendnis-psychotherapie.info/>

Postanschrift

Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.
Bettinastraße 53-55
60325 Frankfurt-Westend a. M.

E-Mail:

kontakt@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Presse:

presse@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Website:

aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Vereinssitz: Frankfurt am Main

Registergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main

Registernummer: VR 17668

Gemeinschaftlich vertretungsberechtigt:

Vorstand: Dr. Ewa Jonkisz, Frankfurt a. M.

Vorstand: Anselm Kälberer, Stuttgart

Vorstand: Sandra Nickel, Karlsruhe

Vorstand: Ronja Nippert, Essen

Vorstand: Luca Sautter, Karlsruhe

verantwortlich i. S. d. Presserechts:

Dr. Ewa Jonkisz

Linden-Ambulanz

Bettinastraße 53-55,

60325 Frankfurt-Westend a. M.